



Deutschland – Land der Klimaretter*innen?

Während sich die deutsche Politik lange querstellte, begann die Zivilgesellschaft mit der Umsetzung der Klimaziele, wie damals bei der Besetzung des Tagebaus Garzweiler durch „Ende Gelände“.

Foto: Ruben Neugebauer

von Julius Neu

Deutschland könnte 2030 voraussichtlich erstmals seine Klimaziele erreichen. Eine Analyse der tiefer liegenden Gründe für den Erfolg.

Als das Umweltbundesamt (UBA) in der vergangenen Woche seinen Bericht zu den Treibhausgasemissionen 2028 präsentierte, war die mediale Aufmerksamkeit groß. Im Vergleich zu 1990 konnten die Emissionen um satte 53 Prozent reduziert werden. Damit rückt das Klimaziel Deutschlands einer Reduktion von 55 Prozent bis 2030 in greifbare Nähe. Während in den 2010er-Jahren die Emissionen weitestgehend stabil geblieben waren, konnte in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Rückgang verzeichnet werden. Verfolgt man die öffentliche Debatte, scheint Deutschland ein Land voller Klimaretter*innen zu sein.

Bundeskanzlerin Ska Keller machte auf der kurzfristig einberufenen Pressekonferenz deutlich, dass sie die Zahlen als Beleg für die gute Arbeit ihrer grün-rot-roten Koalition sehe: „Die Anstrengungen unserer Politik tragen Früchte. Ohne Maßnahmen wie den Kohleausstieg zum Jahr 2030 und die weiteren massiven Anstrengungen bei Energie-, Verkehrs- und Agrarwende wäre dies nicht möglich gewesen. Endlich kann eine deutsche Vertreterin wieder ohne Scham zu einem Klimagipfel fahren.“ Mit dieser Aussage spielte Keller auf ein kürzlich veröffentlichtes Interview von Alt-Kanzlerin Merkel an. Diese hatte darin überraschend bekannt, sich bei Klimagipfeln aufgrund der fehlenden deutschen Anstrengungen im Klimaschutz „gerade als Naturwissenschaftlerin und ehemalige Umweltministerin doch manchmal etwas geschämt zu haben“. Diese Offenbarung der sonst eher reserviert auftretenden Ex-Kanzlerin ließ erahnen, wie sehr der internationale Druck auf den ehemals selbst ernannten Klimavorreiter Deutsch-

land in den letzten Merkel-Jahren gestiegen war. Nach dem mageren Klimapaket vor zehn Jahren und dem deutlichen Verfehlen der Klimaziele 2020 hatten sich weite Teile der deutschen Öffentlichkeit entsetzt über die Tatenlosigkeit der großen Koalition gezeigt.

Vertreter der Wirtschaft wie der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Andreas Scheuer äußerten sich hingegen kritisch zum Statement der Kanzlerin. So seien die begrüßenswerten Reduktionen vor allem Ergebnis des Einsatzes effizienterer Technologien in der Industrie. Grundsätzlich sei die einseitige Ausrichtung der Politik auf umweltpolitische Indikatoren jedoch alarmierend: „Wir fordern deshalb eine Rückkehr zu einer Politik des Wirtschaftswachstums. Nur, wer international wettbewerbsfähig bleibt, kann das Klima schützen“, gab Scheuer zu Protokoll. Ähnliche Töne waren auch vom Verband der Automobilindustrie zu hören, der in einer Pressemitteilung kundtat: „Trotz sinkender Absatzzahlen auf dem deutschen Markt tragen die Erfolge in der Klimapolitik ganz klar unsere Handschrift. Die deutsche Automobilindustrie ist weltweit Klimavorreiter. Unsere innovativen Antriebe und vielfältigen Sharing-Angebote im Mobilitätsbereich lassen unser Jahresmotto ‚Fahren fürs Klima‘ Realität werden.“

Bei einem genaueren Blick auf die Zahlen wird allerdings deutlich: Die Reduzierung der Emissionen hängt zweifellos mit dem Stagnieren der Wirtschaftsleistung der letzten Jahre zusammen. Doch während sinkende Emissionen aufgrund eines schrumpfenden Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 im Zeichen einer weltweiten Wirtschaftskrise stattfanden, wird das Thema heute bemerkenswert unaufgeregt behandelt. Dafür sind vor allem drei Entwicklungen der letzten Jahre ursächlich.

Erstens ist der fast schon religiös anmutende Glaube an ein grünes Wachstum als Weg aus der Umweltkrise in Politik und Wirtschaftswissenschaften heute weitestgehend diskreditiert. Als zu offensichtlich erwies sich das Scheitern der versprochenen absoluten Entkopplung des Wirtschaftswachstums von Ressourcenverbräuchen und Emissionen. Effizienzfortschritte in praktisch allen Wirtschaftsbereichen wurden durch Produktionssteigerungen und mehr Konsum zunichtegemacht. Anders ausgedrückt: Das Bruttoinlandsprodukt ist

schon lange nicht mehr das Maß aller Dinge. Jedes Schulkind kennt heute den Rebound-Effekt, und an ein endloses Wachstum auf einem endlichen Planeten – daran glaubt mittlerweile außer Christian Lindner wirklich niemand mehr.

Zweitens wurde der Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend von einer technischen Herausforderung zu einer Frage der Gerechtigkeit zwischen Generationen und gegenüber dem Globalen Süden. Eine vor allem von jungen Menschen getragene Welle aus Protesten spülte ab der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre das Thema aus der Expert*innenecke in die Mitte der Gesellschaft. Zur Kernforderung bei der Besetzung von Kohlegruben durch „Ende Gelände“, der Proteste von „Fridays for Future“ und Aktionen von „Extinction Rebellion“ wurde: endlich nicht mehr auf Kosten anderer leben zu müssen. Die landesweiten Großdemos seit 2018 bis kurz vor der Bundestagswahl 2021 zwangen die wenig später abgewählte große Koalition zu einem ersten Umsteuern in Sachen Kohleausstieg und einem Nachbessern in Sachen CO₂-Bepreisung.

Drittens beobachten Studien wie zuletzt des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) einen kontinuierlichen Kultur- und Wertewandel in weiten Teilen der Gesellschaft weg von Konsumorientierung hin zu Suffizienz. Allerdings nicht unbedingt, weil die Dauerappelle der Umweltbewegung zur moralischen Einsicht geführt hätten, sondern weil sich die meisten Alternativen in den Augen vieler Menschen einfach als lebenswerter herausgestellt haben. Kaum jemand hat noch Lust, alleine in seiner überdimensionierten Singlewohnung zu sitzen, weil gemeinschaftliches Wohnen vielen als erfüllender gilt. Und wer will schon im SUV im Stau stehen, wenn man auf großzügigen Radwegen entspannt zur Arbeit fahren kann? Mit Erwerbsarbeit verbringen die meisten Menschen laut der Studie des IÖW heute so wieso deutlich weniger Zeit als früher. Immer mehr setze sich die Überzeugung durch: Wer sich materiell entschlackt, wird mit Zeitwohlstand belohnt, resümieren die Forscher*innen.

Insofern ist Deutschland wohl weniger ein Land der Klimaretter*innen als eines, in dem immer mehr Menschen sich – ohne auf die Politik oder technische Wunderlösungen zu warten – auf die Suche nach einem guten Leben für alle begeben haben.

IN DIESER AUSGABE

S.II

Der Tag, an dem der Kaffee zur Neige ging

Die World Fair Trade Organization (WFTO) und die Kaffeekrise von 2025

S.II

Die Straßen über Berlin

Die Verkehrswende in der Bundeshauptstadt

S.III

Aneignen, nutzen, kümmern!

Ein Interview zum Commoning für die solidar-ökologische Nahversorgung

S.IV

Es geht weiter, naturwärts

Austauschprogramm „Naturwärts“ feiert fünfjähriges Jubiläum



ZAHLE DES TAGES

48,8%

Erstmals leisten Männer und Frauen in Deutschland in etwa gleich viel unbezahlte Arbeit im Haushalt, bei der Kinderbetreuung und in der Pflege. Laut den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anteil dieser durch Männer erledigten Tätigkeiten im Haushalt auf 48,8 Prozent im Jahr 2028 gesteigert. Noch Ende der 2010er-Jahre hatten Frauen zwischen 60 und 70 Prozent der unbezahlten Arbeit in Deutschland geleistet. Die Statistiker*innen führen die Entwicklung unter anderem auf die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens im Jahr 2023, veränderte Rollenbilder und eine gesellschaftliche Aufwertung der Sorgearbeit zurück.

IMPRESSUM

Redaktion: Julius Neu und Kristina Utz
Gestaltung und Layout: imaging dissent, Philipp Wix
V.i.S.d.P.: Julius Neu
Druckauflage: 55.000 (bundesweit)
Veröffentlichung: 22. November 2019

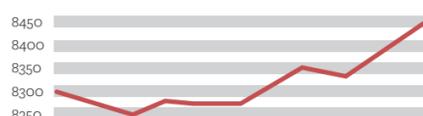
WETTER HEUTE



7° – 10°

heiter, leichter Rückenwind

„GUTES-LEBEN-INDEX“ AUF HÖCHSTSTAND!



Der Tag, an dem der Kaffee zur Neige ging

von Luis Carrera

Vom 12. bis 19. Dezember 2029 findet die jährliche Konferenz der World Fair Trade Organization (WFTO) in Berlin statt. Angesichts der Konferenz blicken wir zurück auf die Ereignisse der Kaffeekrise 2025.

Die Teilnehmer*innen der diesjährigen Konferenz kommen aus Politik, Wirtschaft sowie kleinen und großen Verbänden. Das Ziel: Die Erfahrungen aus den turbulenten Geschehnissen im globalen Kaffeehandel der letzten fünf Jahre für andere Bereiche des Welthandels wie Lebensmittel, Textilien und Elektrogeräte nutzbar zu machen. Laut WFTO bilde die Überwindung der Kaffeekrise 2025 ein Beispiel, wie Handelsstrukturen von allen Akteur*innen der Produktions- und Handelskette neu strukturiert werden können. Darin stecke ein großes Potenzial für die Umgestaltung der globalen Wirtschaft.

Die Bedeutung der WFTO ist im Zuge der Kaffee-krise beträchtlich gestiegen, da sie während der Kaffeeknappheit in Europa und den USA eine entscheidende Rolle übernahm. Sie vereinbarte gemeinsam mit Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und der Kaffeeproduktion – darunter Kooperativen und Fair-Trade-Organisationen – erste Schritte zur Neustrukturierung des Kaffeehandels, um die globale Nachfrage nach Kaffee möglichst schnell wieder decken zu können. Der Druck war damals sehr hoch. Viele Menschen, die damals in der Kaffeebranche gearbeitet haben, verloren ihre Arbeit und Konsument*innen verlangten von der Regierung sofortige Maßnahmen.

Die Kaffeekrise war ein besonders komplexes Phänomen. Anders als im Jahr 2001, als eine durch die Weltbank mitverursachte Überproduktion den Kaffeepreis zusammenbrechen ließ, wurde die Kaffee-krise 2025 seitens der Produzent*innen ausgelöst. Organisierte Kaffeeproduzent*innen stellten sich den großen Konzernen entgegen und forderten höhere und von den Börsen in New York und London unabhängige Preise für den Rohkaffee. Die Konzerne weigerten sich jedoch, mit den Produzent*innen zu verhandeln. Stattdessen übten sie Druck auf die Regierungen der Exportländer aus, gegen die organisierten Produzent*innen vorzugehen, da diese das Funktionieren des freien Marktes gefährdet hätten. Die repressive Reaktion führte jedoch zu zahlreichen Boykotten durch Konsument*innen auf der ganzen Welt, welche die Macht von Konzernen wie Nestlé, Melitta und Mondelez infrage stellten.

„Plötzlich hatten wir neue Spielregeln im globalen Kaffeehandel, in denen wirtschaftliche Interessen eine untergeordnete Rolle einnahmen. Um der Situation zu begegnen, war es nötig, in einen offenen Dialog mit den Produzent*innen zu treten und soziale und ökologische Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Damit waren die großen Konzerne überfordert. Im Gegensatz dazu konnte das Netzwerk der WFTO, die seit ihrer Gründung 1989 alternative Formen des Welthandels erprobt und stärkt, direkt handeln“, gibt Ileana Cordon, Präsidentin der WFTO, zu Pro-

tokoll. Nestlé, Mondelez und andere Akteur*innen waren nicht in der Lage, auf den Boykott durch die Konsument*innen zu reagieren, da ihre auf Profitmaximierung ausgerichteten Strukturen es schlicht nicht erlaubten. Ihr entscheidender Fehler war jedoch sicherlich, die europäische Politik dazu aufzufordern, gegen Greenpeace und kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen aufgrund von Diffamierung zu ermitteln und anschließend zu versuchen, eine Entschädigung für den entgangenen Profit durchzusetzen. Diese Strategie stieß weltweit auf Entrüstung und motivierte viele Menschen zu Boykotten.

In Deutschland und ganz Europa sorgten die Ereignisse für große Aufregung. Das Unterangebot an Kaffee verschärfte sich massiv, nachdem die größten Kaffeekonzerne den Handel eingestellt hatten. Das Angebot reduzierte sich ausschließlich auf fair gehandelten Kaffee, dessen Marktanteil im Jahr 2025 lediglich bei 9,6 Prozent lag. Die Folgen: riesige Schlangen vor den Türen kleiner Bio- und Weltläden, massive Verzögerungen in vielen Sektoren durch verspäteten Arbeitsbeginn sowie eine Belastung des Gesundheitssystems durch die Behandlung der Entzugerscheinungen vieler Menschen.

In Deutschland und anderen Ländern des Globalen Nordens entstanden zu dieser Zeit Zusammenschlüsse aus Bio- und Weltläden und ihren Zulieferern, die im Rahmen der WFTO und gemeinsam mit Vertreter*innen der Produzent*innenorganisationen neue, demokratische Handelsstrukturen und Standards erarbeiteten, die für den gesamten globalen Kaffeemarkt bindend sein sollten. Neben einer größeren finanziellen Sicherheit für die Produzent*innen wurden auch Aspekte des Umweltschutzes und eine stetige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Produktionskette berücksichtigt.

Diese Maßnahmen führten zu einer beachtlichen Diversifizierung des Kaffeehandels auf der ganzen Welt. Auf wirtschaftlicher Ebene bestimmen nicht mehr wenige große Konzerne die Handelsbedingungen und den Preis. Stattdessen werden die Richtlinien und die Preisgestaltung nun durch den World Round Table for Coffee (WRTC) auf der Basis von lokal erarbeiteten Vorschlägen diskutiert und entschieden. Der WRTC ist ein 2026 gegründetes Entscheidungsorgan der WFTO, an dem sich Vertreter*innen aus allen Bereichen der Handelskette beteiligen. In den Anbauländern setzen die Produzent*innen zudem intensive Programme zur Umstellung auf Bioanbau sowie zur Forschung im Bereich der Schädlingsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel um. Eine weitere wichtige Änderung war der Ausbau von Infrastruktur, um mehr Kaffee direkt in den Ursprungsländern zu rösten und zu verpacken. Damit kann ein größerer Teil der Wertschöpfung in den Produktionsländern generiert werden. Im Globalen Norden beinhaltet die Vermarktung seit der Kaffeekrise eine intensive Informations- und Bildungsarbeit zu sozialen und ökologischen Aspekten des Kaffeehandels und -konsums. Durch alle diese Maßnahmen stieg die Anzahl der in der Kaffeeproduktions- und Handelskette beschäftigten Menschen weltweit in den letzten zehn Jahren von 25 auf 30 Millionen.

Angesichts der Geschehnisse der Kaffeekrise bleibt zu hoffen, dass es den Mitgliedern der WFTO gelingt, ihre Strategien zur Umstrukturierung des Welthandels auch auf andere Branchen zu übertragen.



KOMMENTAR

Die Straßen über Berlin

von Constantin Bittner und Rui Montez

Die Verkehrswende in Berlin macht Fortschritte – auch, wenn nicht alles so läuft, wie es sich die Aktivist*innen wünschen.

Noch bis vor einigen Jahren galt die Elektromobilität als die Lösung für eine ökologisch nachhaltige Verkehrswende. Auch die deutsche Regierung verabschiedete Gesetze zur Förderung und belohnte E-Auto-Besitzer*innen mit Steuerprivilegien. Soziale und ökologische Probleme bei Energieproduktion und Rohstoffabbau wurden in der öffentlichen Debatte meist unter den Teppich gekehrt. Sie störten das Bild der E-Mobilität als Klima- und Luxusretterin sowie grünem Wachstumsmotor. Der menschliche Geist mit seiner Schaffens- und Innovationskraft habe wieder einmal eine wirtschaftskonforme Lösung gefunden, hieß es damals aus liberalen Kreisen. Zu Beginn der Verkehrswende schien es in der Tat, als würden Menschen vor allem in ihre neuen E-SUVs und nicht aufs Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr umsteigen.

Heute ist klar: Die Fokussierung auf E-Autos förderte die Aufrechterhaltung einer imperialen Produktions- und Lebensweise, die die Macht der großen Konzerne im globalen Norden absicherte. Als vor Jahren Parkplätze in Amsterdam und Kopenhagen in großer Zahl abgebaut wurden, um eine neue Verkehrspolitik einzuläuten, war der Aufschrei in Teilen der Berliner Politik groß. Ein fatales Zeichen für die Entwicklung Europas und eine unverhältnismäßige Beschränkung der Freiheit von Autofahrer*innen, lauteten die Vorwürfe vor allem konservativer Politiker*innen. Ein Wendepunkt waren die Ereignisse im Nachgang des autofreien Aktionstags „Tag des Guten Lebens“ 2024. Anwohner*innen räumten nach dem Aktionstag in Berlin nicht wie vorgesehen die Straßen wieder für den Autoverkehr frei, sondern besetzten und verbarrikierten sie weiter. Durch die unerwartete Aktion und die große Zustimmung sah die Polizei von einer Räumung ab. Den sich eröffnenden Raum nutzte die Bevölkerung für ihre Freizeit und Erholung. Es etablierten sich kleine Cafés, Läden, Räume für Kunst, Werkstätten, Gartenanlagen und Sportflächen. Betrieben werden die Straßen nach Prinzipien des Commoning. Polizei, Krankenwagen, Feuerwehr, kleine Liefer- und Handwerksfahrzeuge und natürlich Fahrräder können nach wie vor passieren.

Als sich der Verkehr auf andere Straßen verlagerte, entschieden sich immer mehr Anwohner*innen in Berlin, ihre Straße vom Verkehr zu befreien. Zahlreiche Verkehrsadern wie die Landsberger Allee, die Sonnenallee, die Torstraße und der Hermannplatz wurden gesperrt und der entstandene Raum für ein kreatives Miteinander genutzt. Da die vielen verkehrsbefreiten Straßen ein Leben im Stau für Autofahrer*innen bedeuten, versuchen aktuell viele zweifelt, auf Second-Hand-Plattformen ihre Fahrzeuge loszuwerden.

Immer mehr Menschen in Berlin steigen auf das öffentliche Verkehrssystem um – auch, weil die Berliner Verkehrsbetriebe die Kosten des Jahrestickets immer weiter reduziert haben und es seit einigen Jahren kostenlos anbieten. Fahrradleihstationen, die von verschiedenen Automobilunternehmen betrieben werden, ergänzen die Haltestellen. Die Stadt erhofft sich durch diese Partnerschaften, von Erfahrungen der Unternehmen mit Sharing-Konzepten zu profitieren. Nur so könne, so die Berliner Verkehrssenatorin, Mobilität für alle gewährleistet werden. Ähnlich klingt das bei der Pressesprecherin des Verbandes der Automobilindustrie, die jüngst in einem Interview die grundsätzliche Gemeinsamkeit der Interessen von Automobilunternehmen und Städten und ihren Bürger*innen betonte: „Da wir ständig in Bewegung sind – ob zur Arbeit, zum Einkaufen oder in der Freizeit –, müssen wir auch die Art der Fortbewegung durch Innovationen revolutionieren. Wir haben erkannt, dass das Auto zwar im ländlichen Raum nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, in der Stadt aber weitestgehend durch smarte Alternativen ersetzt werden muss.“ Die zivilgesellschaftliche Initiative „Freie Straßen für alle!“ sieht diese Zusammenarbeit kritisch. Die Verwicklung in Industrieinteressen beschädige die Glaubwürdigkeit der städtischen Initiative, heißt es dort. Darüber hinaus sei unklar, wie die Daten der angemeldeten Nutzer*innen weiterverarbeitet würden.

Insgesamt ist die Berliner Verkehrswende aber eine Erfolgsgeschichte. Auch in vielen anderen Städten wie Erfurt, Potsdam, Dresden, Köln und München bilden sich seit einiger Zeit Anwohner*innen-Initiativen und rufen zur Befreiung der Straßen auf.

EU-Handelspolitik verstieß gegen Menschenwürde

von Rui Montez

Das Verfahren gegen die Europäische Union (EU) und verschiedene Mitgliedsstaaten (darunter Deutschland) vor dem Internationalen Gerichtshof ging mit der Urteilsverkündung gestern zu Ende. Im Laufe des bislang beispiellosen Prozesses wurde bewiesen, dass die EU mit ihrer Handelspolitik gegenüber dem afrikanischen Kontinent über die letzten beiden Jahrzehnte systematisch und mehrfach gegen Menschenrechte verstoßen habe. Das Gericht kritisierte, dass zahlreiche afrikanische Länder durch politischen und ökonomischen Druck zur Unterzeichnung von sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs) gezwungen worden waren. Diese unfairen Abkommen verhinderten einen gerechten Welthandel, indem sie die Länder zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften verpflichteten und so subventionierte EU-Agrarprodukte lokale Märkte überfluten würden, hieß es im Urteil. Die Handelspolitik nehme keine Rücksicht auf Menschenrechte, da sie systematisch die Lebensgrundlagen von Fischer*innen und Kleinbäuer*innen in Ländern des Südens zerstöre.

Es ist das erste Mal, dass das internationale Gericht Klagen wegen Verstößen gegen die Menschenrechte, die durch Handelsabkommen und ihre Folgen entstehen, zugelassen hat. Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen aus verschiedenen afrikanischen und europäischen Staaten begrüßten das Urteil. In einem gemeinsamen Statement forderten sie ihre Regierungen und die EU auf, künftig Handelsabkommen nicht mehr in Hinterzimmern, sondern transparent, demokratisch kontrollierbar und unter starker Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen zu verhandeln.



So fing alles an: Nach dem Erfolg der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ vor gut zehn Jahren traten viele Initiativen wie „Kaufstadt und Co“ enteignen in ihre Fußstapfen.

Foto: Jan Ickx/DWE

Aneignen, nutzen, kümmern!

von Jana Gebauer und Kristina Utz

Ein Interview zum Commoning für die solidar-ökologische Nahversorgung

Was mit „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ erfolgreich begann, erfasst immer mehr Wirtschafts- und Lebensbereiche: die Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Großunternehmen. Wir haben uns mit den Initiator*innen des jüngsten Sprosses der „Enteignen“-Initiativen getroffen. Sie wollen Warenhausketten vergesellschaften und Warenhäuser in Gemeinschaftsorte umwandeln.

Yael und Alex, ihr habt kürzlich die Kampagne „Kaufstadt & Co enteignen“ mit ins Leben gerufen. Was hat euch dazu bewogen?

Yael: Vor zehn Jahren haben die hitzigen Debatten um die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen und ihres Immobilienbestands die Eigentumsfrage ganz groß auf die Agenda gesetzt. Damals wurde vielen – auch mir – erst bewusst, dass Eigentum zwar grundrechtlich geschützt ist, sein Gebrauch aber zugleich dem Allgemeinwohl dienen soll. Dann wurde uns klar: Egal, wie gemeinwohlrelevant bestimmte Lebens- und Wirtschaftsbereiche sind – durchgesetzt wird vor allem die Eigentumsgarantie, nicht aber die Allgemeinwohlbindung.

Alex: Im Interesse des Allgemeinwohls kann Eigentum laut Grundgesetz aber sozialisiert werden. Das müsste übrigens „resozialisiert“ heißen: Eigentum entsteht ja erst durch private Aneignung und die Zuteilung von Eigentumsrechten. Oft gewaltvoll, zumindest machtvoll – und häufig unabhängig davon, wer etwas benutzt und braucht.

Das klingt, als wäre Privatisierung für euch die eigentliche Enteignung?

Alex: Ja, wenn jemand gemeinschaftliche Ressourcen – wie Grund und Boden, Naturschätze, Produktionsmittel – privat ausbeutet und sich den entstehenden Mehrwert individuell aneignet, ist das ja Enteignung der Gemeinschaften. Wir alle sollten haben können, was wir brauchen, uns darum sorgen und Entstehen des miteinander teilen! Privatisierung passt nicht in unsere Zeit.

Was passt dann?

Yael: Demokratische Vergesellschaftung! Wir wollen auf der Suche nach dem guten Leben für alle auch „Eigentum“ gemeinschaftlich aushandeln und gestalten. Jenseits alter Diktaturen von Markt und Staat.

Nach dem Wohnungsmarkt bewegt sich nun auch viel im Banken-, Versicherungs- und Verkehrssektor, mit vielfältigen Ansätzen. Was macht Warenhäuser für euch interessant und welche Ideen habt ihr?

Alex: Warenhäuser sind Monumente der Konsumkultur und vereinnahmen dabei zentrale Plätze in unseren Städten. Gleichzeitig wurden sie durch Onlinehandel und Immobilienmarkt schwer angeschlagen. Es ist mittlerweile lukrativer, sie direkt in Immobilienentwicklungsprojekte umzuwandeln und Teilflächen zu Höchstmieten zu vermieten; Prinzip Mall. Das wiederum befeuert die Verdrängung lokaler Gewerbetreibender im direkten Umfeld. Gerade haben wir die Wohnungen „gerettet“, da verlieren wir nach und nach unsere direkte Versorgungsinfrastruktur.

Yael: Und das, während viele Menschen zugleich vielfältig daran wirken, die Städte lebenswerter zu machen. Sie wollen Orte, an denen wir zusammenkommen, die wir mitgestalten, an denen wir uns versorgen mit dem, was wir brauchen, wo wir beitragen, was wir können, und uns gemeinschaftlich kümmern. „Ich shoppe, also bin ich?“ Das war einmal! Für uns heißt es „Wir begegnen uns, also sind wir.“

Alex: Genau, und deshalb ist unser Anliegen, diese Monumente des Konsums kollektiv anzueignen und in Commons, etwas Gemeingutes, zu verwandeln. Leben-Arbeiten-Versorgen denken wir wieder nahräumlich zusammen. Die „Commoning-Häuser“ übernehmen dabei eine wichtige Funktion, aber nicht die zentrale. Sie sind Anlaufpunkte, bieten Raum, vielfältige Bedürfnisse und Bedarfe zu decken – Herstellen, Versorgen, Reparieren, Organisieren, Feiern, Trauern, Lernen, Wohnen, Sein. Das alles nicht in Konkurrenz zur lokalen Mitwelt, sondern darin eingebettet. Im Grunde geht es um die Befreiung aus der Warenhaft – und das Erzeugen gesellschaftlicher Fülle.

Commoning – nicht ganz einfach, oder?

Alex: Gemeinschaftlich geregelt zu nutzen und zu gestalten war schon immer eine Herausforderung, wie alle sozialen Prozesse. Hinzu kommt, dass nicht-menschliche Lebewesen ihre Bedürfnisse viel schlechter einbringen können. Aber weltweit gibt es viel alte und neue Inspiration für die Ausgestaltung.

Yael (grinst): Auch wenn das Mein-Dein noch tief in uns steckt: Wir träumen von einer Welt ohne Possessivpronomen!

PANORAMA

Autobiografie von Ex-US-Präsident Trump erscheint

(New York) Auf einer eher mäßig besuchten Veranstaltung im New Yorker Trump Tower präsentiert der ehemalige US-Präsident (2016–2020) seine Autobiografie mit dem Titel „Huge Sorry“. Darin rechnet der Pensionär auf rund 800 Seiten mit sich selbst ab. Besonders bereue er heute seine rassistischen und frauenfeindlichen Äußerungen sowie sein mangelndes Engagement in der Klimapolitik.

RWE scheitert mit Klage wegen Kohleausstieg

(Washington, D.C.) Dem Energiekonzern RWE steht keine Entschädigung aufgrund entgangener Gewinne durch den vorzeitig eingeleiteten Kohleausstieg zum Jahr 2030 zu, urteilte gestern ein privates Schiedsgericht in Washington, D.C., USA. Bereits vor dem Urteilsspruch hatte die Bundesregierung jedoch angekündigt, aus Handels- und Investitionsabkommen aussteigen zu wollen, in denen Sonderklagerechte für Konzerne festgelegt wurden. Bereits nach dem Atomausstieg 2011 hatte der Energiekonzern Vattenfall eine ähnliche Klage gegen Deutschland angestrengt. Ein Regierungssprecher sagte dazu: „Unser Rechtsstaat funktioniert, wir brauchen keine Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne.“

ARD und ZDF beenden Börsenberichterstattung

(Berlin) Die beiden öffentlich-rechtlichen Sender haben angekündigt, zum Ende des Jahres auf die Live-Schaltungen zur Frankfurter Börse in ihren Nachrichtensendungen zu verzichten. Als Grund gaben ARD und ZDF die sinkende Bedeutung börsennotierter Unternehmen an. Die frei werdende Sendezeit wolle man beispielsweise nutzen, um Einblicke in die überall im Land wachsenden Strukturen lokaler und solidarischer Ökonomie zu geben, teilte eine Sprecherin mit.

Die coolsten Vögel blieben am Boden

(Frankfurt/M.) Was als Flugscham-Debatte anging und sich über aktivistische Gruppen wie „Am Boden bleiben“ ausbreitete, scheint nun seinen Höhepunkt zu erreichen: Die Lufthansa reduziert erstmals in der Geschichte des Unternehmens ihre Flotte. „Wir sehen dies nicht als einen Rückschritt, sondern als unseren Beitrag zur Erbringung der Klimaziele“, sagte die Pressesprecherin des Unternehmens. Der Flugverkehrsstandort stand jahrelang in der Kritik, zu wenig für den Klimaschutz getan zu haben, da die Effizienzgewinne im Kerosinverbrauch von steigenden Passagierzahlen aufgeessen wurden.

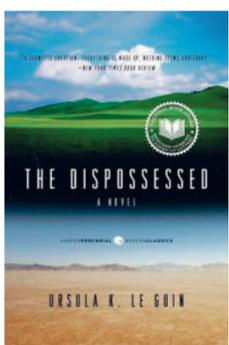
Neue Rechtsform für Commoning geschaffen

(Bonn) Als „Meilenstein für das Gemeinwohl“ bezeichnete heute eine Vertreterin des Commons-Instituts die Gesetzesinitiative, die nächste Woche der Bundespräsidentin vorgelegt wird. Das Gesetz ermöglicht es Gruppen und Initiativen, sich niedrigschwellig und selbstbestimmt für ihre Belange und nach ihren Bedürfnissen zu organisieren. Es hatte zwei Legislaturperioden gebraucht, um mit der bestehenden Rechtsgebung als kompatibel eingestuft zu werden.

Friedensnobelpreis für Vandana Shiva

(Oslo) Der lebenslange Widerstand der Wissenschaftlerin, Globalisierungskritikerin und Autorin gegen die patriarchalisch-kapitalistische Gesellschaft wurde diese Woche mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie sprach von einem Preis für den Ökofeminismus und insbesondere für die Frauen aus dem Globalen Süden. Shiva hatte bereits 1993 den Alternativen Nobelpreis erhalten.

Buchempfehlungen



- 1) **Ursula K. Le Guin**
The Dispossessed. An Ambiguous Utopia (Die Enteigneten/ Freie Geister)
- 2) **Tim Jackson**
Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt
- 3) **Silvia Federici**
Caliban und die Hexe – Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation
- 4) **Silke Helfrich, David Bollier**
Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons
- 5) **P.M.**
Bolo' bolo
- 6) **Michael Albert**
Leben nach dem Kapitalismus
- 7) **Eduardo Galeano**
Die offenen Adern Lateinamerikas
- 8) **Ashish Kothari et. al**
Pluriverse: A Post – Development Dictionary
- 9) **Barbara Muraca**
Gut Leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums
- 10) **Alberto Acosta**
Buen Vivir – Vom Recht auf ein gutes Leben



Es geht weiter, naturwärts

Wurde per Gesetz zur Person erklärt und mit einklagbaren Rechten ausgestattet: der Fluss Whanganui in Neuseeland.

Foto: RLS Photo

von Constantin Bittner und Julius Neu

Austauschprogramm „Naturwärts“ feiert fünfjähriges Jubiläum

Wie ist ein gutes Leben im Einklang mit der Natur möglich? Diese Frage steht hinter dem internationalen Austauschprogramm „Naturwärts“, in dem Schüler*innen, Auszubildende und Studierende aus 15 Ländern nun seit fünf Jahren Lebensweisen, Ansätze und Erfahrungen in allen Teilen der Welt kennenlernen. Zu lange habe sich der Globale Norden am Leitbild der Naturberührung orientiert, so die Bildungsministerin auf der Jubiläumsfeier des Programms am Donnerstag in Berlin. Statt immer weiter auf technische Lösungen und gesellschaftliche Beschleunigung zu setzen, stellten sich junge Menschen aus der ganzen Welt auf ihren mehrmonatigen Auslandsaufenthalten die Frage, wie eine global gerechte Welt aussehen könne.

Auf der Feier berichteten Teilnehmende von ihren Erfahrungen aus Ländern, in denen der Na-

tur einklagbare Rechte übertragen worden waren. Ökosysteme und einzelne Lebewesen, so der Kern des Ansatzes, erhalten in all ihren Lebensformen das Recht, zu existieren und ihre Funktionen und evolutionären Prozesse aufrechtzuerhalten und zu regenerieren. Beispiele sind in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien zu finden, aber auch im kolumbianischen Recht. In Letzterem seien dem Regenwald, zurückgehend auf eine Initiative von Kindern und Jugendlichen, einklagbare Persönlichkeitsrechte verliehen worden, so eine Studentin aus Leipzig. Auch in Thailand, auf den Philippinen, in Südafrika, den Vereinigten Staaten, Indien, Ruanda und Neuseeland kämpfen Menschen für die Anerkennung der Rechte der Natur. „I am the river and the river is me“, erklärte ein Vertreter neuseeländischer Indigener per Videobotschaft sein Verständnis in Bezug auf den Fluss Whanganui. Auf die Frage, welche verbindenden Erfahrungen die Teilnehmenden gemacht hätten, waren sich diese einig: Die Natur erhält durch die Verleihung von Rechten einen Eigenwert und wird nicht als bloße ökonomische Ressource oder Dienstleisterin für den Menschen definiert.

Ein Allheilmittel sei der Ansatz dennoch nicht. Denn letztlich müssten immer noch Menschen für die Natur vor Gericht ziehen – und ein globales Recht der Natur muss auch in den Ländern des Globalen Nordens erst noch Realität werden. Genau hier könnte es für Deutschland brenzlich werden: Trotz eines insgesamt sinkenden Ressourcenverbrauches sei die deutsche Wirtschaft noch immer für massive Ausbeutung und Zerstörung von Natur in Ländern des Globalen Südens verantwortlich, gab die Ministerin auf Nachfrage eines Journalisten zu.

Mit den Teilnehmenden des Austausches aus Kolumbien, Ecuador und Neuseeland stehen die jungen Menschen aus Deutschland weiterhin in Kontakt. Ersterer brachten ihre Erfahrungen und Kenntnisse zu gemeinschaftlichen Strukturen und deren Einbettung in die Natur hierzulande ein. Sie arbeiteten mehrere Monate in urbanen Gärten, auf in solidarischer Landwirtschaft geführten Höfen und in verschiedenen Naturschutzorganisationen – mit dem Ziel, die Projekte zu stärken und weiterzuentwickeln. Gemeinsam wollen die Jugendlichen sich jetzt über die gemachten Erfahrungen austauschen und sich bei neuen Vorhaben unterstützen.

Über FairBinding

Das Kollektiv FairBinding setzt sich seit 2009 für eine nachhaltige, solidarische und global gerechte Welt ein. Der nach innen basisdemokratisch organisierte Verein versteht seine Arbeit als Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft, die nicht dem Zwang der Profitmaximierung unterliegt und gleichberechtigte Lebensbedingungen im Globalen Norden wie Süden anstrebt. Wir glauben an Bildung als Motor für Veränderung und haben uns die Vermittlung von Wachstumskritik und Alternativen zu bestehenden Ausbeutungsverhältnissen zum Herzensthema gemacht. FairBinding organisiert Bildungsangebote wie Workshops, Seminare und öffentliche Veranstaltungen und entwickelt Bildungsmaterialien zu Wachstumskritik/degrowth, zukunftsfähigem Wirtschaften und postkolonialen Themen.

Beim Import und Vertrieb von Bio-Kaffee aus Guatemala arbeitet das Kollektiv nach den Grundsätzen der solidarischen Ökonomie.

Methoden für die Bildungsarbeit

Bildungsmaterialien zum Themenfeld Wirtschaftswachstum sind kostenlos zum Download abrufbar auf: www.endlich-wachstum.de
Die Printversionen können hier bestellt werden: www.fairbinding.org/publikationen

Bio-Kaffee aus solidarischem Handel

Informationen zum Bio-Kaffee aus solidarischem Handel www.fairbinding.org/kaffee

FairBinding unterstützen

FairBinding freut sich auch über kleine und große Spenden. IBAN: DE71 4306 0967 1119 6977 00
BIC: GENODEM1GLS
www.fairbinding.org

Diese Publikation unterliegt den Nutzungsbedingungen der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-SA.



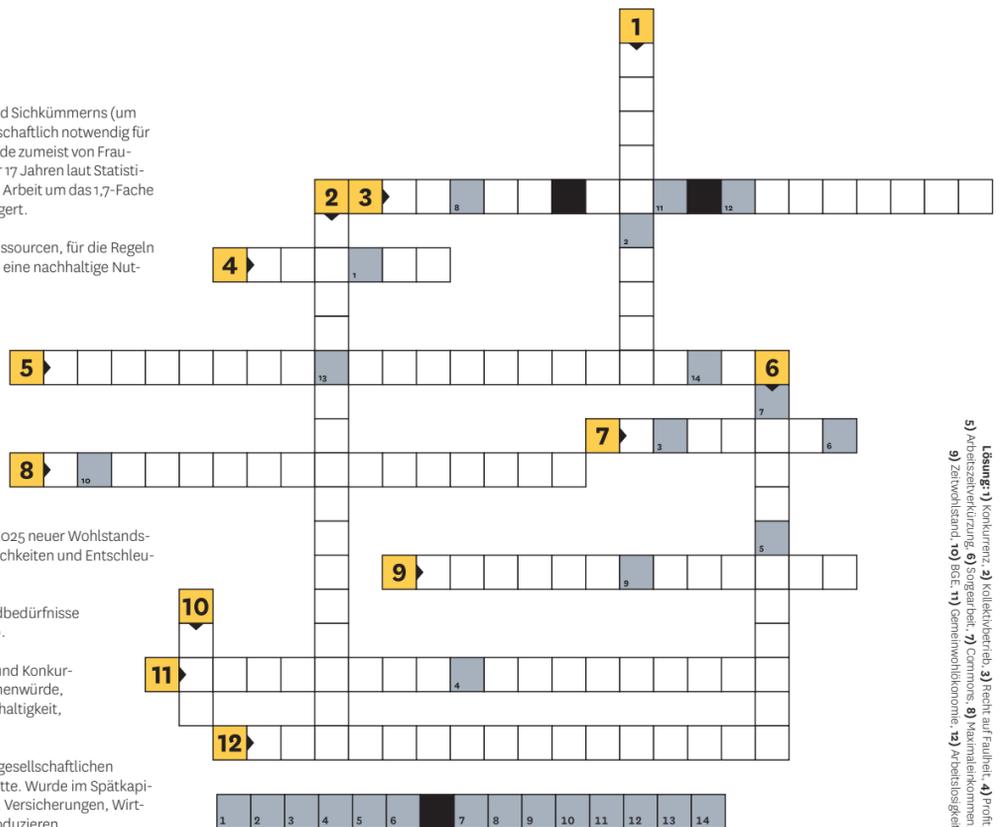
An die Arbeit!

von Kristina Utz und Rui Montez

In diesem Kreuzworträtsel finden sich Gedanken an frühere Irrwege des Kapitalismus ebenso wie Errungenschaften unserer jetzigen solidarischeren Ökonomien – rund ums Thema Arbeit. Auch im Jahr 2029 gibt es noch viele Rätsel zu lösen!

- 1) „Zusammen um die Wette laufen“ – immer ein bisschen mehr leisten als die andere, die wiederum nachziehen muss, und das möglichst innovativ; eng verknüpft mit dem Phänomen der sog. sozialen Beschleunigung.
- 2) Unternehmen, das von den Mitarbeitenden in Selbstverwaltung geleitet wird, in dem alle Chef*innen sind, irgendwo zwischen Selbstverwirklichung und Selbstausbeutung, Emanzipation und Prekarität. Gezeichnet durch basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, geteilte Verantwortung, gleiche Rechte und einheitliche Löhne.
- 3) 1880 von Paul Lafargue geprägte Forderung der Abschaffung kapitalistischer Produktionsweisen, um der „seltsamen Arbeitsucht“ der Arbeiterbewegung etwas entgegenzusetzen. Eignet sich gut zur Untergrabung der Arbeitsmoral, ist (noch) kein Grundrecht der deutschen Verfassung.
- 4) Bis in die 2020er-Jahre hinein waren fast alle Ökonomien weltweit danach ausgerichtet; entsteht durch die – als zukünftiges Verbot diskutierte – Akkumulation von Kapital zum Zwecke der Gewinnabschöpfung.
- 5) Politische Reform, um Lohnarbeit auf 25-Stunden-Vollzeit zu bringen und Reproduktionsarbeit auf alle Geschlechter umzuverteilen. Motiviert Mitarbeitende, schafft Zeit für reparierende Tätigkeiten, Mitwirkung in Tauschkreisläufen bzw. Zeitbanken, politisches und kulturelles Engagement, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Müßiggang.

- 6) (i. d. R. unbezahlte) Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmerns (um Kinder, alte Menschen, die Wohnung), die gesellschaftlich notwendig für die Wiederherstellung der Arbeitskraft sind. Wurde zumeist von Frauen geleistet; unbezahlte Arbeitszeit überstieg vor 17 Jahren laut Statistischem Bundesamt in der BRD jene der bezahlten Arbeit um das 1,7-Fache und wurde zunehmend an Migrantinnen ausgelagert.
- 7) Engl. Begriff für gemeinschaftlich genutzte Ressourcen, für die Regeln „jenseits von Markt und Staat“ gedacht sind, um eine nachhaltige Nutzung zu garantieren.
- 8) Wurde eingeführt, da das Verfassungsgericht ungleiche Einkommensverteilung als „radikal undemokratisch“ bewertete und der Naturverbrauch eines Individuums durch geringere Einkommen gesenkt wird. Gegenteil des bereits früher existierenden Minimaleinkommens.
- 9) Gegenteil von „Zeitnot“; immaterieller Wohlstand, der z. B. in Form von Freizeit und Muße nutzbar ist und in dem wir selbstbestimmt über unsere Zeit verfügen. Seit 2025 neuer Wohlstandsindikator in Deutschland, um Müßiggangs-Möglichkeiten und Entschleunigungsphasen zu erfassen.
- 10) Leistungsunabhängiger Geldfluss, um Grundbedürfnisse ohne Lohnarbeit für alle zu sichern (Abkürzung!).
- 11) Unternehmensmodell, das Marktwirtschaft und Konkurrenz abschaffen will und stattdessen auf Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung aufbaut.
- 12) Freiwillige oder unfreiwillige Befreiung einer gesellschaftlichen Schicht, die Einzel- und Massenelend zur Folge hatte. Wurde im Spätkapitalismus auch genutzt, um u. a. Sozialleistungen, Versicherungen, Wirtschaftsstatistiken und Verwaltungskosten zu produzieren.



Lösung: 1) Konkurrenz, 2) Kollektivbetriebe, 3) Recht auf Faulheit, 4) Profit, 5) Arbeitsbeschleunigung, 6) Sorgende Arbeit, 7) Commons, 8) Arbeitsmoral, 9) Zeitbank, 10) SoZi, 11) Gemeinwohlökonomie, 12) Arbeitslosigkeit.

DIE UTOPIE – FERNANDO BIRRI



ILLUSTRATION VON RONJA POLZIN – WWW.ROEVARDOTTER.DE